

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 18.9.2013

über

Lfd. Nr. : 9.1

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 0726/XIX

nachrichtlich den Fraktionen der
SPD, CDU, Grünen, PIRATEN und LINKEN

Dringlichkeit

schriftlich

Konsensliste

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Betr.: Äußerungen von Bezirksamtsmitglied auf Info-Veranstaltung in der
Fritz-Karsen-Schule

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Stempel,

das Bezirksamt beantwortet Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

Zu 1)

Das Bezirksamt teilt Ihre Auffassung. Da die Frage offensichtlich auf meinen Auftritt bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative „Hufeisern gegen Rechts“ abzielt, kann ich Ihnen mitteilen, dass ich mich keineswegs von Beschlüssen der BVV distanziert habe und dies auch in Zukunft nicht zu tun gedenke.

Auf die Fragen von Veranstaltungsteilnehmern zum Votum der BVV vom 28.8.2013 (Ds. 0666/XIX) bezüglich des Standortes der Gebäude habe ich – nach Verlesung des entsprechenden Textes – darauf hingewiesen, dass ich diesen Beschluss der BVV selbstverständlich umsetzen werde, so weit es mir bzw. dem Bezirksamt angesichts der gegebenen Zuständigkeiten möglich ist. Ich habe bewusst weder Parteien genannt, die den Antrag eingebracht haben noch das Abstimmungsergebnis, da ich Beschlüsse der BVV unabhängig davon respektiere, mit welchen Mehrheiten oder in welchen Konstellationen sie zustande kommen.

Die Frage nach meiner persönlichen Einschätzung der im BVV-Beschluss angeführten Beeinträchtigungen von Anwohnern der geplanten Flüchtlingsunterkunft habe ich dahingehend beantwortet, dass ich aufgrund der Erfahrungen in anderen Bezirken nicht davon ausgehe, dass von den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft größere Beeinträchtigungen des Wohnumfelds als in einer Nachbarschaft üblich zu erwarten seien – verbunden mit dem abermaligen Hinweis, dass die BVV dieses mehrheitlich anders sieht und ich daher den Willen der BVV umsetzen werde, soweit dies in mein Aufgabengebiet fällt.

Im Übrigen habe ich das LaGeSo sofort am Folgetag von dem Beschluss der BVV in Kenntnis gesetzt und darum gebeten, mit dem Bezirksamt in Verbindung zu treten. Auch Herr BzBm Buschkowsky hat sich in dieser Angelegenheit bereits schriftlich an Herrn Sozialsenator Czaja gewandt. So weit mir bekannt ist, gibt es darauf bisher keine Reaktion.

Zu 2)

Aufgrund des geschilderten Hergangs stellt sich hier auch nicht das Thema der Wiederholung.

B. Szczepanski
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!